

## **Persönliche Stellungnahme der Bürgermeisterin zur Situation der Sozialstation Ingersheim**

Der Betriebsübergang der Sozialstation an die Evangelische Heimstiftung ist ein sehr guter Weg, der garantiert, dass sowohl die Mitarbeitenden gute weitere Arbeitsbedingungen haben werden (die Evangelische Heimstiftung ist ein sehr guter Arbeitgeber), als auch die Menschen hier in Ingersheim weiterhin eine verlässliche, professionelle Pflege und gute Dienstleistungen erhalten können. Was wäre die Alternative? Die Alternative wäre, dass wir aufgrund der Haushaltslage dazu gezwungen sein werden, die Sozialstation zu schließen. Dies möchte ich unbedingt verhindern und rechtzeitig das Ruder in die Hand nehmen.

Von insgesamt 23 Personen, die bei uns in der Sozialstation arbeiten, haben acht Personen Anfang Oktober einen Widerspruch eingelegt. Eine Person hat diesen Widerspruch nach kurzer Zeit von selbst wieder zurückgezogen.

Damit Sie das Verhältnis erkennen sei hier noch ergänzt: Die 23 Mitarbeitenden füllen insgesamt gesehen rund zehn Vollzeitstellen aus. Die Personen, die Widerspruch eingelegt haben, nehmen Stellenanteile von rund 2,5 Stellen ein. Dreiviertel der Belegschaft hat NICHT widersprochen.

**Der Großteil der Mitarbeiterschaft der Sozialstation geht den Weg mit und ist mit diesem einverstanden. Alle leisten jeden Tag beste Arbeit für die Patienten hier vor Ort. Dafür bin ich sehr dankbar.**

Ich habe diese Entscheidung nicht vorgeschlagen, weil ich finde, dass wir schlechte Arbeit machen oder um jemandem zu schaden. Das Gegenteil ist der Fall: die Entscheidung zur Prüfung

des Betriebsüberganges habe ich vorgeschlagen, weil ich davon überzeugt bin, dass diese zum Wohl der Gemeinde ist. Dem Gemeinderat bin ich dankbar, dass sie diesen Weg mitgehen, ja seit Jahren schon darum gebeten haben, eine Lösung zu finden. Ich hoffe auch sehr, dass wir den Betriebsübergang im April endgültig beschließen können, damit die Dienstleistungen vor Ort bleiben und die Mitarbeitenden hier weiterhin arbeiten können – unter dem Dach der Evangelischen Heimstiftung, wo sie besser aufgehoben sind.

Der Abmangel ist der Organisation geschuldet, die innerhalb einer Gemeinde nicht richtig verortet ist. Wir müssen uns als Gemeinde auf unsere Aufgaben konzentrieren, zu denen wir verpflichtet sind und für die wir auch die notwendigen Kompetenzen haben.

Dafür setze ich mich jeden Tag ein.

Die allermeisten anderen Städte und Gemeinden im Landkreis und darüber hinaus haben diesen Schritt, die örtliche Sozialstation in professionelle Hände zu geben, schon vor Jahrzehnten gemacht.

**Es werden derzeit immer wieder Aussagen Einzelner getätigt und auch seitens der Gewerkschaft verbreitet, die nicht den Tatsachen entsprechen. Alle Zahlen sind öffentlich zugänglich, ich stehe für jede Frage gerne persönlich zur Verfügung. Meine Tür steht offen.**

**Bitte nehmen Sie Gebrauch davon, bevor Sie Aussagen vertrauen, die nicht den wahren Umständen entsprechen.  
Vielen Dank.**

Ihre Simone Lehnert

Hier habe ich Ihnen die Fakten zusammengestellt:

Die Sozialstation Ingersheim versorgt derzeit rund 100 Pflegebedürftige Ingersheimerinnen und Ingersheimer.

Dabei werden ambulante Pflegedienste erbracht, aber auch ergänzende Hilfen (früher: Nachbarschaftshilfe) angeboten.

In der Sozialstation sind 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, viele von ihnen in Teilzeit. Das bedeutet konkret: insgesamt sind es rund 10 Vollzeitstellen, die auf 23 Köpfe verteilt sind.

### **Finanzielle Situation**

Die Sozialstation der Gemeinde Ingersheim ist derzeit voll in die Organisation und den Haushalt der Gemeinde integriert. Dies hat zur Folge, dass vor allem durch das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (kurz NKHR), auf das die Gemeinde im Jahr 2018 umgestellt hat, der Betrieb der Sozialstation hoch defizitär ist. Das bedeutet übersetzt: die Kosten sind höher als die Einnahmen und das schon seit Jahren, lange vor 2018.

Das NKHR ist für alle Städte und Gemeinden verpflichtend und bedeutet, dass die Gemeinde doppisch arbeitet, wie jeder wirtschaftliche Betrieb.

Hier die Ergebnisse der letzten Jahre:

2015	- 114.538,40 €
2016	- 19.021,80 €
2017	- 134.236,34 €
2018	- 146.283,08 €
2019	- 116.375,41 €
2020	- 337.603,28 €
2021	- 196.676,27 €
2022	- 236.776,24 €
2023	- 265.770,72 €

Wie sich dieses Minus errechnet, zeigt die Darstellung aus dem Jahr 2023:

	2023	
<b>Gesamt Erträge:</b>	€	<b>608.831,53</b>
Personalaufwendungen:	€	562.996,86
sonstige Aufwendungen:	€	46.585,46
interne Verrechnungen: (intern erbrachte Leistungen der Gemeindeverwaltung für die Sozialstation der Gemeinde):	€	262.345,08
Abschreibungen:	€	2.674,85
<b>Gesamt Aufwendungen:</b>	€	<b>874.602,25</b>
<b>Abmangel</b>	- €	<b>265.770,72</b>

Unterm Strich bleibt seit vielen Jahren jedes Jahr ein sechsstelliges negatives Ergebnis.

Die Sozialstation leistet gute, wertvolle Arbeit, ist jedoch bei der Gemeinde nicht richtig verortet. Der Abmangel ist durch öffentliche Gelder finanziert. Die Leistungen können von uns nicht kostendeckend erbracht werden, dazu ist eine Gemeinde in unserer Größe gar nicht in der Lage.

Die Bürgermeisterin und der Gemeinderat haben die Aufgabe, Schaden von der Gemeinde abzuwenden. Vor allem in der schon seit Jahren sehr angespannten finanziellen Situation der Gemeinde verschärft der Zuschussbedarf der Sozialstation die Lage weiter.

### **Organisatorische Situation**

Die Sozialstation ist derzeit voll in die Organisation der Gemeinde eingebunden und hatte bis Anfang Oktober 2024 keine Geschäftsführung, die den Betrieb wirtschaftlich leitet und führt. Daher werden alle Verwaltungsprozesse bei der Gemeinde Ingersheim in den Ämtern miterledigt. Lediglich die Rechnungsstellung der Leistungen an die Patienten erfolgt über eine Verwaltungskraft, die organisatorisch der Sozialstation zugeordnet ist.

### **Rechtliche Situation**

Die Gemeinde Ingersheim führt die Sozialstation als rein freiwillige Aufgabe. Es handelt sich um KEINE öffentliche Dienstleistung, die privatisiert werden soll. Die allermeisten Gemeinden und Städte haben keine kommunalen

Sozialstationen. Diese werden in der Regel über eine Diakonie betrieben oder in anderen Organisationsstrukturen geführt.

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat die Gemeinde dazu ermahnt, die Strukturen der Abrechnung anzupassen, und zu prüfen, ob die Vergabe der Geschäftsführung mit Buchhaltung und Kassengeschäften an einen externen Dritten wirtschaftlicher wäre.

Wenn wir diese Arbeiten weiter selbst führen wollten, wäre eine interne Umstellung notwendig, welche hohe Investitionen für die Gemeinde in EDV-Programme und deren Betrieb sowie Ausbildung von Personal bedeuten würden.

Auch für das Personal der Sozialstation bedeutet die aktuelle Situation, dass wir in den Themen Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit, Arbeitszeiten nicht so arbeiten, wie dies in einer professionell geführten Station notwendig wäre. Hier befinden wir uns immer wieder in rechtlichen Grauzonen, auch weil wir aufgrund der sehr dünnen Personaldecke häufig an unsere Grenzen kommen.

### **Allgemeines zur aktuellen Situation**

Das Team der Sozialstation Ingersheim ist motiviert, arbeitet fachlich sehr gut und bringt immer vollen Einsatz, um auch personelle Engpässe durch Mehrarbeit zu kompensieren. Frau Luff ist eine engagierte Pflegedienstleitung, die durch ihr persönliches Engagement den Fortbestand der Sozialstation in Ingersheim überhaupt erst gesichert hat.

Wir können dankbar sein für dieses Team.

Gleichzeitig bringt uns dieser persönliche Einsatz auch in die Situation, dass es immer wieder heikel wird, wenn einzelne Personen ausfallen.

Die Abhängigkeit von Einzelpersonen ist hoch.

Hinzu kommt, dass die Sozialstation an sich, unabhängig von der Gemeinde, wie alle anderen ambulanten Dienste, vor großen Herausforderungen steht: Finanzierbarkeit, Personalmangel, steigender Bedarf seitens der Einwohnerschaft.

### **Wege zu einer guten Lösung werden schon seit Monaten geprüft**

Um Wege zur Lösung der Situation und einer guten Zukunft für die Ingersheimer Station zu finden, hat die Verwaltung die BfS Stuttgart (Beratung für Sozialunternehmen) beauftragt, eine Untersuchung durchzuführen und drei Szenarien aufzuzeigen, wie es weitergehen kann.

Die Grundaussage ist: eine Station muss über eine gewisse Größe verfügen, um wirtschaftlich und organisatorisch sinnvoll weiter bestehen zu können (ein Einzugsgebiet von rund 60.000 Einwohnerinnen und Einwohner).

Die von der BfS aufgezeigten Optionen lauten:

#### **1. Schlechteste Variante: Man belässt alles so, wie es ist.**

**Wenn die Gemeinde nichts unternimmt, wird dies zur Folge haben, dass die Station möglicherweise in den kommenden**

**Jahren geschlossen werden muss. Dies gilt es abzuwenden, da es die schlechteste Lösung für alle Beteiligten wäre.**

2. Änderung der Betriebsform in der jetzigen Konstellation von einem Regiebetrieb in einen Eigenbetrieb. Dadurch würde sich quasi weder organisatorisch noch finanziell eine Änderung ergeben. Die Kernprozesse bleiben weiterhin bei der Gemeinde, da die Sozialstation für einen wirtschaftlichen Betrieb zu klein ist.

3. Zweckverband mit anderen Sozialstationen, um eine sinnvolle Größe zu erhalten.

Eine Kooperation mit Freiberg und Pleidelsheim wurde angefragt. Bei beiden Sozialstationen besteht derzeit kein dringender Handlungsbedarf. Eine Kooperation ist somit nicht absehbar. Zudem würde auch dann die Gemeinde finanziell und organisatorisch weiterhin involviert sein.

4. Betriebsübergang

Die Sozialstation kann über einen Betriebsübergang nach § 613 a BGB den Übergang der Mitarbeiterschaft und der Dienstleistungen an einen anderen Anbieter vornehmen.

Die künftigen Chancen und Risiken der Betriebsführung gehen dann auch an den Anbieter über.

**Ziel des geplanten Betriebsübergangs:**

**Fortbestand der Dienstleistungen der Sozialstation für die Bürgerschaft.**

**Eine gute Lösung für die Mitarbeiterschaft der Sozialstation und Erhalt der Arbeitsplätze!**

Die Evangelische Heimstiftung (EHS) betreibt in Ingersheim bereits das Karl-Ehmer-Stift, die Residenz Ingersheim und außerdem schon Ambulante Dienste. Diese betreuen bereits Ingersheimer Bürgerinnen und Bürger. Die Gemeinde Ingersheim arbeitet partnerschaftlich und gut mit der EHS hier vor Ort zusammen.

Die EHS ist bereit dazu, die Sozialstation zu übernehmen und garantiert dabei, das Personal zu übernehmen.

Das Personal soll dabei gleich gut oder besser gestellt sein, wie vorher bei der Gemeinde Ingersheim. Die Patienten werden weiterhin versorgt. Der Betrieb kann aufrecht erhalten bleiben.

Das Personal erhält die Zusage, weiterhin ausschließlich in Ingersheim arbeiten zu dürfen, wenn der Mitarbeiter/ die Mitarbeiterin dies wünscht.

Um den Betriebsübergang gut meistern zu können, hat die Gemeinde einen so genannten „Letter of Intent“ (LOI) mit der EHS unterzeichnet, eine Absichtserklärung, den Betriebsübergang zu prüfen und alle offenen Punkte in einem Interimsmanagement abarbeiten zu können, so dass ein möglicher Übergang bestmöglich vorbereitet werden kann.

**Dies hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 24. September 2024 beschlossen. Einstimmig!**

In zwei großen Terminen wurden die Beschäftigten von der Bürgermeisterin, der Kämmerin, der Hauptamtsleiterin und dem Personalrat informiert und gemeinsam die vorliegenden Fakten und Lösungen besprochen. Jeder Person wurde angeboten, jederzeit bei Fragen auf die Bürgermeisterin oder die Personalrätinnen und Personalräte zuzukommen. Das wurde

nicht in Anspruch genommen. Vielmehr wandten sich einige Personen offensichtlich an die Gewerkschaft, die Behauptungen ungeprüft übernimmt, ohne bei der Bürgermeisterin nachzufragen, wie sich die Situation aus Sicht der Gemeinde darstellt.

Seit Anfang Oktober läuft das Interimsmanagement. Der Betriebsübergang ist noch nicht beschlossen. Dieser wird derzeit geprüft. Voraussichtliche Beschlussfassung ist frühestens im April 2025.

Im Zuge dieses Interimsmanagements wurde eine Geschäftsführerin der EHS installiert, die die organisatorischen Abläufe steuert.

Die Zusammenlegung von Touren und Dienstplänen hat überhaupt nichts mit dem Interimsmanagement zu tun. Diese mussten neu strukturiert werden, um mit dem vorhandenen Personal die Patienten versorgen zu können. Es gab in den vergangenen Wochen immer wieder Personalausfälle, die sich gehäuft haben. Um alle Patientinnen und Patienten dennoch versorgen zu können, wurden Anpassungen vorgenommen.